

Diesselts von Gut und Böse



Der Schrecken steckt uns noch in den Gliedern, die Horrorbilder bleiben im Kopf. Obwohl weit weg von den Geschehnissen, sind auch wir betroffen von den beispiellosen Terroranschlägen, bei denen am 11. September Tausende von Menschen wie du und ich getötet worden sind. Wie leicht die westliche Welt angesichts solcher Ereignisse zum herkömmlichen, christlich geprägten Vokabular greift, war in den allerersten Reaktionen besonders deutlich. Auch der schweizerische Bundespräsident Moritz Leuenberger gebrauchte in seiner ersten Stellungnahme den Ausdruck "apokalyptisches Ausmass". Die Apokalypse aber ist in der christlichen Bibel jene letzte Schlacht, in der das Gute sich schliesslich gegen das Böse durchsetzt, auf die am Ende die Erlösung folgt. Auch die ersten Reaktionen in den USA muteten biblisch an: Rache, Vergeltung, Sieg des Guten



THEMEN in diesem FREIDENKER	
Diesselts von Gut und Böse	1
RAWA: Das andere Afghanistan	2
Brief an den US-Präsidenten	3
Fristenregelung	3
Büchertisch, Forum	4
Globale ethische Standards	5

über das Böse wurden in Aussicht gestellt. Es schien, dass die Rollen verteilt waren, das grausame Kriegsspiel würde seinen Lauf nehmen. Es gab allen Grund, das Schlimmste zu befürchten. Nach der ersten Erstarung kam dann die Solidarisierung der Staaten, verbunden aber mit der Warnung zur Besonnenheit. Es gibt kein Verständnis für terroristische Akte, es darf aber auch kein Verständnis geben für noch gewalttätigere Vergeltungsschläge, bei denen wiederum Tausende von Menschen – wie du und ich – getötet werden. Wir müssen verstehen lernen, dass es fatal ist, diese Ereignisse zum Krieg der Kulturen hochzuspielen.

In vielen Sendungen und Zeitungsartikeln in der Schweiz wurde in den letzten Wochen ausführlich auf Fragen eingegangen, ob der Islam die Quelle des Übels sei. Der Islam ist eine monotheistische Religion und damit genauso gewaltanfällig wie alle anderen monotheistischen Religionen. Auch das Christentum, das sich ja auf einen neuen, weniger gewalttätigen Bund mit dem alttestamentarischen Gott beruft, hat strukturell nichts verbessert. Wo immer monotheistische Religionen in patriarchalen Kulturen zur Religion der Mächtigen und Staatsreligion wurde, eigneten sie sich als Legitimation für die Identifikation des "Anderen", des "Bösen" und damit dessen gnadenlose Ausrottung.

Die Welt steht an einer bedeutenden Weggabelung. Die Rolle der USA in der Welt wird nach dem 11. 9. 2001 nicht mehr die gleiche sein. Es darf nicht mehr eine einzelne Nation zum Weltpolizisten und damit auch zur Zielscheibe des Hasses von terroristischen Gruppierungen

werden. Alle zivilisierten Länder der Welt müssen jetzt zusammenstehen. Durch ihre Solidarität können sie den Verantwortlichen in den USA signalisieren, dass es ihnen niemand als Zeichen von Schwäche auslegen wird, wenn sie nicht mit aller Kraft blindlings zurückschlagen. Was ebenfalls nötig ist, ist eine bewusst gewählte, nicht-aggressive Sprache. Dabei wird man um Begriffe wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit nicht herum kommen. Wir müssen die Gewaltspirale stoppen und uns um die Ursachen der Ohnmacht kümmern, die in gewissen Ländern – legitimiert durch allseits verwendbare Erlösungsreligionen – den Sumpf terroristischer Aktivitäten nährt. Erst wenn es gelingt, den vielen relativ gut ausgebildeten jungen Männern – gefangen zwischen den Verheissungen einer globalisierten Welt und den rigiden kulturellen und religiösen Fesseln – eine Entwicklungsperspektive zu eröffnen, werden diese ihre Energie weniger destruktiv einsetzen.

Es braucht aber auch die aktive Solidarität der Länder bei der Ermittlung gegen die Urheber der Terrorakte. Das ist primär eine polizeiliche Aufgabe solange nicht eindeutig feststeht, dass ein Staat dahinter steckt. Mit der Drohung der amerikanischen Regierung, gnadenlos auch gegen Staaten vorzugehen, welche Terroristen beherbergen, kommt derzeit in erster Linie Afghanistan unter Druck. Die UNO hat sich dort bereits zurückgezogen, die Bevölkerung ist auf der Flucht. Jene, die nicht fliehen können, insbesondere Frauen und Kinder, leiden heute schon unter dem Wegfall der lebensrettenden UN-Programme.

Fortsetzung S. 2

Forts. v. S. 1

Aber auch wir alle werden die Veränderungen zu spüren bekommen: Wenn sich jetzt im grossen Stil Ressourcen auf Terrorbekämpfung und Sicherheitsvorkehrungen konzentrieren, bedeutet das mehr Überwachung und Kontrolle – wir verlieren damit einen Teil unserer geschätzten Bewegungsfreiheit, Wie verwundbar eine offene Gesellschaft ist, ist uns vor Augen geführt worden. Wir sind er wacht und haben wieder einmal schmerzliche erfahren: Das Paradies existiert nicht. Und trotzdem gibt es für FreidenkerInnen kaum Zweifel: Es gibt keine Alternative zur offenen Welt, zur offenen Wirtschaft – alles Andere führt unweigerlich zu " -ismen" aller Art mit ihren mehr oder weniger augenfälligen totalitären Tendenzen.

Was wir alle beitragen können ist in erster Linie Besonnenheit. Vergessen wir das Schreckensgespenst des "Kampf der Zivilisationen", das uns zum tatenlosen Zuschauen im grossen Welttheater verdammt. Es gibt keinen übergeordneten Regisseur. Wir bestimmen den weiteren Lauf der Welt. Indem wir uns "normal" verhalten unterstützen wir die Regierenden auch darin, die Auswirkungen auf die Wirtschaft einzudämmen. Spielen wir also den Terroristen nicht unnötig Macht in die Hände, indem wir die Verunsicherung zulassen, welche sie anstreben.

Seien wir uns aber bewusst, dass Sicherheit auch in der Schweiz nur mit möglichst engen Beziehungen zu Welt zu erreichen ist. Die Abschottung – in früheren Zeiten einmal eine recht erfolgreiche Strategie – wird uns nicht mehr Sicherheit bringen. Deshalb wird es in nächster Zeit unser Ja zur UNO brauchen. Nicht weil die UNO das absolute Gelbe vom Ei ist, aber weil es zu ihr keine vernünftige Alternative gibt. Oder frei nach Churchill: "Die UNO ist die schlechteste aller möglichen Organisationsformen der Weltgemeinschaft – wenn man von allen anderen absieht". Die Zeiten der Rosinenpicker sind endgültig vorbei. Auch wir müssen unseren Beitrag leisten und zur Weltgemeinschaft als Ganzes Ja sagen.

Reta Caspar

RAWA: Das andere Afghanistan



Afghanisches Flüchtlingslager in Jalo, Pakistan

RAWA, die Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans, wurde im Jahr 1977 als eine unabhängige politische Organisation afghanischer Frauen in Kabul, gegründet und kämpft seither für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Afghanistan. Gründerinnen waren afghanische Intellektuelle.

RAWAs Ziel war es, eine wachsende Zahl afghanischer Frauen in soziale und politische Aktivitäten für Frauen- und Menschenrechte einzubinden, und sie am Kampf für die Einsetzung einer auf demokratischen und säkularen Werten basierenden Regierung in Afghanistan zu beteiligen. Trotz der erdrückenden politischen Atmosphäre hat sich RAWA sehr bald in weitverbreiteten Aktivitäten auf verschiedenen soziopolitischen Gebieten betätigt, einschliesslich Bildung, Gesundheit, Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten und politischer Agitation.

Flüchtlingshilfe

Vor dem Staatsstreich im April 1978 in Afghanistan waren die Aktivitäten von RAWA von der Agitation für Frauenrechte und Demokratie geprägt, aber nach dem Staatsstreich und besonders nach der sowjetischen Okkupation von Afghanistan im Dezember 1979 wurde RAWA direkt in die Widerstandsbewegung involviert. Im Unterschied zu der absoluten Mehrheit der sich brüstenden islamischen fundamentalistischen "Freiheitskämpfer" des antisowjetischen Widerstandskampfes, ist RAWA von Anfang an für Demokratie und Säkularismus eingetreten. Trotz des Grauens und der politischen Unter-

drückung wuchs die Anziehungskraft und der Einfluss von RAWA in den Jahren der sowjetischen Besetzung und eine steigende Anzahl von RAWA-Aktivistinnen wurden für die Arbeit mit Flüchtlingsfrauen nach Pakistan gesandt. Um die unmittelbaren Notwendigkeiten der Flücht-

Stellungnahme zum 11.9.2001

In ihrer Stellungnahme zum den Anschlägen in den USA drückt RAWA ihre Trauer und ihr Mitgefühl für die Betroffenen und stellt sie neben alle jene, die diesen barbarischen Gewaltakt verurteilen. RAWA drückt aber auch ihre Befürchtung aus, dass mit dem zu erwartenden militärischen Gegenschlag auf Afghanistan die Zivilbevölkerung, die schon über 20 Jahre unter den Kriegszuständen leidet, in die Hoffnungslosigkeit gestürzt werde. RAWA bittet die amerikanische Bevölkerung, zwischen der afghanischen Bevölkerung und den fundamentalistischen Gruppierungen Jehadi und Taliban zu unterscheiden.

lingsfrauen und Kinder zu decken, hat RAWA Schulen mit Internaten für Mädchen und Jungen und ein Krankenhaus für afghanische Flüchtlingsfrauen und Kinder in Quetta, Pakistan, sowie mobile Einsatzteams eingerichtet. Zusätzlich bietet sie Krankenpflege-, Alphabetisierungs- und Berufsausbildungskurse für Frauen an. Die Demonstrationen gegen die sowjetischen Okkupanten und ihre Handlanger und später gegen die Fundamentalisten und die unverminderte Aufdeckung ihres Landesver-

rats und ihrer abscheulichen Verbrechen sind die Grundsteine der politischen Aktivitäten von RAWA.

Verfolgt von Taliban und Jehadi

Der Zorn der islamischen Fundamentalisten wandte sich gegen RAWA und deren prodemokratischen, pro-säkularistischen und antifundamentalistischen Grundsätze. Diese kompromisslose Haltung gegen die beiden Feinde musste RAWAs Gründerin mit dem Leben bezahlen.

Seit 1981 gibt RAWA die zweisprachige (persisch und paschtu) Zeitschrift Payam-e-Zan (Frauenbotschaft) heraus. Die Publikation der Zeitschrift geht weiter mit einem Teil in Urdu und Englisch für nichtpersisch/paschtu-sprachige LeserInnen. Seit dem Sturz des von der Sowjetunion eingesetzten Marionettenregimes im Jahre 1992 konzentriert sich der politische Kampf von RAWA gegen die verbrecherische Politik fundamentalistischer Talibaner und ihrer Grausamkeiten gegen das Volk Afghanistans im Allgemeinen und gegen ihre unglaublich frauenfeindliche Haltung im Besonderen. Zu den politischen Herausforderungen, die RAWA zu bewältigen hat, kommt die zunehmende soziale Arbeit mit extrem traumatisierten Frauen und Kindern.

Hauptziele von RAWA

- ◆ Der Kampf gegen den von Taliban und Jehadi betriebenen Fundamentalismus und seine ausländischen Meister.
- ◆ Die Etablierung von Freiheit, Demokratie, Frieden und Menschenrechten in Afghanistan.
- ◆ Die Einsetzung einer gewählten säkularistischen, sich auf demokratische Werte stützende Regierung.
- ◆ Die Vereinigung aller freiheitsliebenden und demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen all jene, die mit den Fundamentalisten zusammenarbeiten.
- ◆ Der Kampf gegen die Verräter, die Afghanistan desintegrieren wollen, indem sie Stammes- und religiöse Kriege anzetteln.
- ◆ Die Initiierung von Bildungs-, Gesundheits- und Erwerbsprogrammen in und ausserhalb des Landes.
- ◆ Die Unterstützung von freiheitsliebenden Bewegungen weltweit.

Quelle: www.rawa.org

rc

Brief an den US-Präsidenten

"Sehr geehrter Präsident Bush
Die FVS ist schockiert über die Angriffe vom 11. September auf Ihr Land und seine Bürger. Wir möchten unser tiefempfundenes Mitleid für die Opfer und ihre Familien ausdrücken. Die Art und Weise der Angriffe ist entsetzlich und beängstigend, weil die Angreifer nur wenige an der Zahl und unsichtbar sind. Weder die modernste Technologie noch der mächtigste Geheimdienst der Welt hätte sie daran hindern können. Diese beispiellose Tragödie drängt uns aber, Sie um eine humane Antwort zu bitten, um eine Aussenpolitik, welche auf Hilfe und konstruktiven Dialog basiert. Die USA haben der Welt unendlich viel anzubieten. Für eine – verglichen mit dem Verteidigungsbudget – bescheidene Summe könnten Sie diese Terroristen ihrer Unterstützung in der Bevölkerung und ihrer Motivation berauben, indem Sie aktiv werden in der Bekämpfung von Armut, Analphabetismus und Krankheit. Wir sind überzeugt, dass dies die würdigste, humanste und effizienteste Antwort auf die grausamen Anschläge wäre."

Asyl für Dr. Y. Shaikh!

Vertreter der IHEU bemühen sich um die Freilassung des zum Tode verurteilten pakistanischen Arztes und suchen das Gespräch mit ausländischen Diplomaten um ein Asylangebot für Dr. Shaik zu erwirken. Die FVS hat in einem Schreiben an Bundesrat Joseph Deiss die Schweizer Regierung gebeten, alles ihr Mögliche zu unternehmen. Wir hoffen, dass die Schweiz ihrer humanitären Tradition folgend diesem Mann, der Opfer der extremen Auslegung der Gotteslästerungsgesetze und des enormen Drucks radikaler Kreise auf die Gerichte geworden ist.

Parallel dazu läuft die Unterstützungsaktion weiter:

**Schreiben oder faxen auch Sie an:
Islamic Republic of Pakistan
Islamabad**

Fax: 00092 519 206 907

Kopien an:

**Embassy of the Islamic Republic
of Pakistan, Seine Exzellenz Herr
Tayyab Siddique, Bernastr. 47,
3005 Bern**

und an das FVS Sekretariat.

Aktuelle Infos auf: www.iheu.org

Freidenkerspende 2001

Die Delegierten haben am 6. Mai 2001 mit grossem Mehr die Kampagne für eine Fristenregelung zum diesjährigen Spendenprojekt der FVS erkorren. Ihre Spende wird der

**Schweizerischen Vereinigung für einen
straflosen Schwangerschaftsabbruch SVSS**

zugute kommen, welche die nationale Abstimmungs-Kampagne koordiniert. Vorstand und Delegiertenversammlung der FVS empfehlen Ihnen dieses Projekt zur Unterstützung.

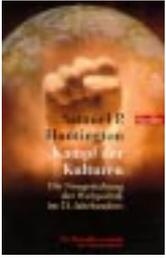


**PC 90 -197500 - 0 "Freidenkerspende"
Kontostand bei Redaktionsschluss: Fr. 3'769.-**

Auch Ihre aktive Mitarbeit ist gefragt!

In den Sektionen werden FreidenkerInnen in diesen Tagen angefragt, sich an Stand- und anderen Aktionen für die Fristenregelung zu beteiligen. Nicht nur Geld ist also gesucht, sondern auch aktive Mitarbeit – für eine Sache notabene, die auch zu den erklärten Zielen der FVS gehört:

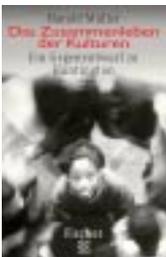
"Wir treten nachdrücklich ein für die volle Emanzipation des Menschen. (...) Es steht Frauen und Männern das Recht zu, sich empfängnisverhütender Mittel zu bedienen. Auch haben die Frauen Anspruch darauf, dass ein Schwangerschaftsabbruch nicht strafrechtliche geahndet wird." (FVS-Grundsatzklärung 1986). Der Zentralvorstand fordert die Mitglieder auf, sich an den regionalen Abstimmungskomitees zu beteiligen und im Namen der FVS aufzutreten.



Kampf der Kulturen

Samuel Huntington
581 S., Verlag Goldmann 1998,
ISBN: 3442755069

Der amerikanische Politikwissenschaftler Huntington stellt in seinem Buch die Frage nach den weltpolitischen Entwicklungen im 21. Jahrhundert. Statt eines harmonischen Zusammenwachsens in einer zunehmend vernetzten Welt sieht er neue Konflikte globalen Ausmasses entstehen: Konflikte zwischen den Kulturen. Er unterscheidet die zeitgenössische Welt in acht grosse Zivilisationen: die chinesische, japanische, hinduistische, islamische, westliche, lateinamerikanische, afrikanische und christlich-östliche. Die Weltpolitik des 21. Jahrhunderts wird nicht von Auseinandersetzungen ideologischer oder wirtschaftlicher Natur bestimmt sein, sondern vom Konflikt zwischen Völkern und Volksgruppen unterschiedlicher kultureller Zugehörigkeit.



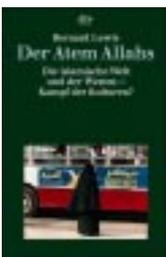
Das Zusammenleben der Kulturen.

Ein Gegenentwurf zu Huntington.

Harald Müller

256 S., Fischer, 1998
ISBN: 3596139155

Eine Antwort auf Samuel Huntingtons einfache Weltsicht von den feindseligen Zivilisationen, die den Westen bedrohen. Harald Müller zeigt in seinem brillant geschriebenen Gegenentwurf: Die Weltgesellschaft muß heute auf Kooperation statt auf Konfrontation setzen, denn nur, wenn keiner der wichtigen Akteure der Weltpolitik Angst vor anderen hat, kann der globale Friede gewahrt bleiben.



Der Atem Allahs.

Die islamische Welt und der Westen.

Kampf der Kulturen?

Bernard Lewis

264 S., DTV, 1998
ISBN: 3423306408

Ein umfassendes, faktenreiches und brillant formu-

Kein guter Dienst

Wenn Bundespräsident Leuenberger als Sohn eines Theologieprofessors privat seine persönliche Einstellung zu Kirche und Staat äussert, ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn er aber in seiner staatlichen Funktion die beiden so genannt staatlichen Kirchen zur vermehrten Einmischung in unsere Gesellschaft aufruft, hat er den Bogen überspannt. Die beiden Landeskirchen landesweit vertreten heute nur noch etwa 60 Prozent der Bevölkerung, in einigen Kantonen sogar nur noch zwischen 30 und 40 Prozent. Da kann kaum mehr von einer Volkskirche gesprochen werden. Der Bundespräsident hat mit seiner Äusserung dem Religionsfrieden in unserem Land keinen guten Dienst erwiesen. Er unterstützt damit die bereits reichlich selbstbewusste Einschätzung der beiden Kirchen, dass ihre "Stimme gefragt" sei. Mit welchem Recht beanspruchen die Kirchen ein Primat über ethische Werte? Angesichts der historischen Erfahrung, dass in den meisten kriegerischen Auseinandersetzungen auf unserer Welt die Religionen eine belastende Rolle spielen, wäre Bescheidenheit angesagt. Für mich als Freidenker ist dieser Aufruf ein Affront.

Werner Strebel

Erschienen im Tages Anzeiger 11.9.2001

Darauf eine Zuschriftper E-mail:
Ihr Leserbrief heute im Tagi war mal wieder einer dieser seltenen Lichtblicke in diesen doch manchmal ziemlich tristen Forums-Seiten.

liertes Porträt des Nahen Ostens, jener Region am östlichen Mittelmeer, die sich von Ägypten über die Türkei bis zum Iran erstreckt. Die Besonderheiten, die Religionen und Kulturen werden anschaulich gemacht. Die Geschichte der langen, komplexen Beziehung zwischen Orient und Okzident, zwischen dem Islam und der westlichen Welt wird lebendig.

"Bernard Lewis versteht es meisterhaft, profundes Fachwissen mit sprachlicher Eleganz zu verbinden und so einer breiten Leserschaft

Erst in letzter Zeit wird mir bewusst, wie durchdrungen unser alltägliches Moral- und Wertesystem von christlichem Gedankengut ist und wie schwierig es - auch für aufgeklärte Menschen ist - sich davon zu emanzipieren. Ich sehe es als sehr problematisch an, dass in unserem Land Religion und Staat (noch?) viel zu eng verschränkt sind, was deshalb unlegitim ist, da es sich doch bei Religion um Glaubenssachen und nicht um Tatsachen handelt, die Gesetze jedoch für alle in gleichem Masse gelten. Ich denke jedoch, der erste Schritt, ein aufgeklärter Mensch zu werden, ist, eine gewisse Sensibilität zu entwickeln und ich hoffe sehr, dass Ihnen dies mit Ihrem Brief beim einen oder anderen Leser gelungen ist.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen einen schönen Tag.

Honny soit qui mal y pense !

In seiner Rede am 1.9.2001 in der Berner Heiliggeistkirche anlässlich der Übergabe der Botschaft "Wort der Kirche für Politik und Wirtschaft" outete sich Bundespräsident Moritz Leuenberger als ein Anhänger der "strikten institutionellen Trennung von Kirche und Staat" (Quelle BZ) Im Vorfeld der Abstimmung "Trennung von Staat und Kirche" im Kanton Zürich trat er damals im Schweizer Fernsehen überraschend als Meinungsführer der Gegner dieser Trennung auf. Er wurde anschliessend Bundesrat .

Daniel Barth, Bellmund

komplizierte Sachverhalte zu vermitteln." (Frankfurter Rundschau)

Bernard Lewis, geboren 1916 in London, lehrte bis 1986 an der Princeton University. Er ist Verfasser zahlreicher Handbücher und Untersuchungen zur arabischen Welt, wurde vielfach für sein Werk ausgezeichnet und gilt als einer der besten Kenner des Nahen Ostens.

Globale ethische Standards

Versuche an lebenden Menschen sind erforderlich, wenn es zu gesellschaftlichen und weltweiten Verbesserungen in zwischenmenschlichen Bereichen kommen soll. Und zwar ausschliesslich Selbstversuche z.B. nach dem Vorbild des Arztes Forssmann mit dem Herzkatheter. Allerdings mit einem wesentlich geringeren Risiko für die Gesundheit. Jeder, der versucht die Probleme ganzheitlich zu sehen, wird erkennen, dass die Ursachen für menschenunwürdiges Verhalten bei ethnisch-religiösen Konflikten ihre Wurzeln in irrealen, traditionellen Vorstellungen haben. In Israel/Palästina ist dies einerseits z.B. die Berufung auf einen Gott, der seinen Anhängern ein bestimmtes Land zugesprochen hat. Auf der anderen Seite ist es die Vorstellung vom Paradies, in welches ein Märtyrer gelangt, wenn er sich und andere tötet. Dass diese tieferen Ursachen des Gewaltpotentials von den Betroffenen nicht erkannt, kritisiert und überwunden werden, das ist angesichts der Aktualität der Konflikte verständlich. Dass von unserer Seite diese Ursachen verdrängt werden, das ist angesichts der eigenen Bindungen an solche irrealen, traditionellen Vorstellungen zwar auch verständlich, aber nicht zu billigen weil unverantwortlich, ja unwürdig. Hierzu ein Zitat: "Das Herointragen der alten, zum Teil noch urweltlichen Kultusformen in unsere Zivilisation ist eine monströse Tatsache und die Stellung, welche der Geistliche, dieses europäische Äquivalent des amerikanischen Medizinmannes und afrikanischen Alkamy, unter uns einnimmt, ein so insolenter Triumph der Feigheit, Heuchelei und Geistessträgheit über die Wahrheit und Gesinnungsfestigkeit, dass er allein genügen würde, um unsere heutige Kultur als eine durch und durch verlogene, unsere staatlichen und gesellschaftlichen Lebensformen als schlechterdings unhaltbare zu charakterisieren." (Max Nordau: Die conventionellen Lügen der Menschheit, Leipzig 1883) Es ist heute nicht mehr zu verantworten, die Spaltung des Menschen

in den einerseits irreal blindgläubigen und andererseits real sachbezogenen beizubehalten. Ebenso ist es nicht mehr verantwortbar, die biologischen Gegebenheiten menschlicher Antriebe länger im Dunkeln zu lassen. Was ist das für eine unwürdige menschliche Kultur, welche die Tatsache, dass die Gewalt fast ausschliesslich männlich in Erscheinung tritt, nicht hinterfragt und lediglich soziale Gründe dafür sucht. Hier kommt mir die Passage aus einer Rede des deutschen Ex-Präsidenten Roman Herzog in den Sinn, der das Bemühen, die Verbrechen der Nationalsozialisten aus der geschichtlichen Erinnerung auszublenden, eine besondere Form intellektueller Feigheit nannte. Eine allgemeine Form intellektueller Feigheit ist das Festhalten an traditionellen Mythen als wesentliche Grundlagen unserer, gern als christlich-abendländisch bezeichneten Kultur. Es kann nicht ohne Folgen für das Handeln der Menschen sein, wenn sie schon als Kinder lernen, grundlegende Fragen des Lebens zu verdrängen und fragwürdige Vorstellungen zu glauben. Die Vorhaben von Konfliktvermittlern und Friedensforschern müssen solange reine Symptombehandlung bleiben, als die Experten eine Einbeziehung der eigenen Person in die Erforschung und Berücksichtigung der tieferen Ursachen von Konflikten vermeiden. Im Zuge der Globalisierung wäre es angebracht, den Menschen in seiner Ganzheit in politische Überlegungen mit einzubeziehen. Ganzheitlichkeit und Wahrhaftigkeit würden bedeuten, nicht nur die Bezüge der eigenen Identität sowie die existentielle geistig-emotionale Rückbindung zu berücksichtigen, sondern darüber hinaus auch die Motive des eigenen Denkens und Handelns. Erst ein solches Vorgehen würde zu den Ursachen und zu nachhaltigeren Verbesserungen führen. Alles andere bleibt im Rahmen der bisherigen oberflächlichen und kurzfristigen Lösungen. Es braucht heute mutige Menschen, die bereit sind zu Selbstversuchen,

um beispielhaft eine durch alle Bereiche der Persönlichkeit gehende Wahrhaftigkeit zu entwickeln als Grundlage innerer Sicherheit. Es braucht Menschen, die versuchen, ihren anerzogenen Glauben an Mythen zu hinterfragen, zu überwinden und stattdessen einen radikal realitätsbezogenen Glauben anzunehmen, der sich an den Möglichkeiten verantwortlichen Menschseins orientiert. Ein Wandel der christlich-katholischen, -evangelischen, -orthodoxen und sonstigen Kirchen zu humanistischen Kirchen wäre eine epochale, beispielhafte und menschenwürdige Aufgabe. Es braucht Menschen, die über ihre ethnische Identifizierung eine alle Menschen vereinende setzen und sich über Deutschtum, Judentum und andere separierenden Bekenntnisse hinaus öffentlich zum universalen Menschentum bekennen. Der technischen und wirtschaftlichen Globalisierung muss endlich die menschliche folgen, wenn ein Anspruch auf Menschenwürde aufrecht erhalten und der unwürdigen tödlichen Gewaltanwendungen wirksam, das heisst ursächlich begegnet werden soll. Es gilt, ein wahrhaftiges Menschenbild zu erstellen sowie globale ethische Standards z.B. im nachhaltigen Rahmen einer entsprechenden Stiftung. Jeder verantwortungsbewusste Bürger ist zur Mitwirkung und Werbung dafür aufgefordert.

Rudolf Kuhr



Promi-Ecke

"Je mehr Völker es in der Welt gibt, die miteinander in dieser und anderer Verbindung stehen, desto mehr Welt wird sich zwischen ihnen bilden und desto grösser und reicher wird die Welt sein."

Hannah Arendt
(1906-1975)
aus: "Was ist Politik" 1993

Für die Sektionen Zürich und Winterthur der FVS hat der Verfasser im Anschluss an eine gemeinsame Arbeitstagung im Auftrag der beiden Sektionspräsidenten eine Stellungnahme zur Verfassungsänderung und zum Kirchengesetz formuliert, deren Inhalt er im Folgenden wiedergibt.

Voraussetzungen der staatlichen Anerkennung von Religionsgemeinschaften

Zur Verfassungsänderung (Art. 64)

Die Einbeziehung weiterer Religionsgemeinschaften ist und bleibt ein grosses Problem, das mit der Grösse des Kreises der Auserwählten wächst. Die wichtigsten Voraussetzungen für staatliche Anerkennung sind die Achtung der Menschenrechte in Wort und Tat, eine demokratische Grundhaltung sowie ein gemeinnütziges Wirken, das die Schranken religiöser Parteilichkeit überschreitet. Die "Anerkennung minimaler rechtsstaatlicher Grundsätze" (Regierungsrat Markus Notter) genügt nicht, und auch der "Respekt vor den Menschenrechten" und die "Toleranz gegen innen und aussen" (Kirchenratspräsident Ruedi Reich) lassen noch Raum für das Gegenteil des Erwünschten. Man sollte nie vergessen, dass die Menschenrechte zwar von den notgedrungen angepassten Kirchen, nicht aber von ihren Religionen bejaht werden und dass die "Heiligen Schriften" in letzter Instanz nur ein Gottesrecht kennen – ein grotesker Zwiespalt, der sich in der bekannten Unterscheidung von Religion und Kirche spiegelt.

Zum neuen Kirchengesetz

Gegen die Stärkung der kirchlichen Autonomie und die Gleichbehandlung der bereits anerkannten Religionsgemeinschaften ist nichts einzuwenden.

Die Streichung der überholten "historischen Rechtstitel" ist begrüssenswert.

Keine Kirchensteuer für juristische Personen!

Eine Kirchensteuer für juristische Personen muss bei jedem freiheitlich

denkenden Menschen auf Ablehnung stossen. Ein weltanschaulich unparteiischer Staat darf nämlich nur jene Dienstleistungen in grösserem Umfang unterstützen, die von jeder und jedem beansprucht werden können, und gerade das ist bei den Kirchen prekär, da sie natürlich stets bemüht sind, mit den Diensten auch Glaubensinhalte zu propagieren. Kirchenratspräsident Reich hat denn auch unlängst in einem Interview die Verkündung des Evangeliums als gesellschaftliche Aufgabe bezeichnet, die genauso wichtig sei wie die sozialen Leistungen. Diese völlig irrationale, obwohl für echte Christen zwingende Auffassung, zeigt, wie nötig die geplante Vorlegung und Kontrolle von Tätigkeitsprogrammen sein wird. Dabei ist die vorgeschlagene Frist von sechs Jahren für Kostenbeiträge und Berichterstattung allzu grosszügig bemessen.

Geistige Heimat?

Zu den Gesprächen zwischen Staat und Kirche sei festgehalten, dass beide ihre Kompetenzen überschreiten, wenn sie das ganze Volk auf eine "geistige Heimat" (Reich) festlegen wollen. Es gibt ja auch geistige Beheimatung ohne religiösen Glauben – religiösen Einflüssen zum Trotz.

JA zur delegierbaren Zuschlagssteuer!

Obwohl sie die soziale Bedeutung der kirchlichen Freiwilligenarbeit anerkennen, plädieren die Freidenker des Kantons Zürich für die alternativ angebotene kantonale Zuschlagssteuer, zumal deren Verwendung delegierbar ist. Der alternative Paragraph ist uns wichtig, weil die von den Kirchen geförderte Kultur naturgemäss eine ideologische Schlagseite hat. Drei Beispiele:

- Die katholische Eheberatung wendet sich an Menschen katholischen Glaubens.
- Eine echte, d.h. religionstreue, Spitalseelsorge kann nur Gläubigen Trost spenden.
- Der geplante Unterricht über Religionen, der unter anderem ihre Hochachtung zum Ziel hat, wird die ver-

sprochene Neutralität und Sachlichkeit verfehlen müssen (siehe dazu unsere Stellungnahme in FREIDENKER 6/01 und im Internet). Religiös geprägte Bildung darf ein laizistischer Staat keinesfalls mitfinanzieren.

Kirchlicher Paternalismus unerwünscht!

Der Kirchenrat hat erklärt, die diakonische, soziale und seelsorgerliche Verantwortung über die Mitglieder der reformierten Kirche hinaus wahrnehmen zu wollen, ganz im Sinne von Artikel 5 der Kirchenordnung, die das mit "Offenheit gegenüber dem ganzen Volke" umschreibt (Reich). Das klingt gewiss grosszügig, aber auch reichlich paternalistisch, und dass Interessenvertreter immer offen sind, wenn sie damit ihrer Sache dienen können, ist eine Binsenwahrheit.

K. M., Zürich

Basel

Gelungene Gartenparty

Bei strahlendem Wetter (mit einigen Regenspritzern im Laufe des Nachmittags) trafen sich ca. 20 unserer Mitglieder am 18. August bei Babsy Bisig und Fritz Rettenmund in ihrem herrlichen Garten. Wir waren jedoch nicht allein, sondern 60 Verwandte, Freunde und Bekannte waren ebenfalls geladen.

Die Freidenker/innen hatten ein geschütztes nettes Plätzchen mitten in den Reben. Was uns alles aufgetischt wurde, ist unglaublich: jegliche Art von Salaten (Eigenwuchs), Fleisch, Würsten etc. etc, natürlich mit gekühltem Wein. Kuchen und Kaffee beendeten die Schlemmereien.

Wie die Gastgeber dies alles bewältigten, ist mir persönlich ein Rätsel. Keine Hektik, alles ruhig organisiert, einfach toll. Im Nu war der gemütliche Nachmittag zu Ende und wir freuen uns heute schon auf das nächste Mal.

Ein grosses Danke an Babsy und Fritz.

Yvonne Andrek, FVS Basel

J. Bretschneider, H.-G. Eschke

Lexikon freien Denkens

Angelika Lenz Verlag

31535 Neustadt

Erste Lieferung sofort erhältlich

180 Seiten mit Sammelmappe

Fr. 34.- inkl. Versand.

Bezugsquelle für die Schweiz:

Lexikon freien Denkens

Freidenker Zürich

Postfach 7210 8023 Zürich

Voranzeige

Grosser Vorstand FVS

Der Grosse Vorstand der FVS trifft sich am

**Samstag, 1. Dezember
in Olten**

zur Beratung u.a. des Budgets 2002. Die Einladungen an die SektionspräsidentInnen folgen im Oktober.

in den Sektionen

Basel (Union)

Jeden letzten Freitag im Monat ab 19 Uhr: Freie Zusammenkunft im Restaurant "Storchen" Basel.

Jeden 2. Dienstag im Monat: Vorstandssitzung um 19 Uhr

Bern

Dienstag, 9. Oktober 19 Uhr
Freie Diskussion zum aktuellen Thema: Wir Freidenker und der Terrorismus (USA und?)

Freidenkerhaus Weissensteinstr. 49B Bern, Tram 5 bis "Pestalozzi"

Schaffhausen

Jeden 3. Donnerstag im Monat 20 Uhr, Freie Zusammenkunft im Rest. "Falken", Schaffhausen

St. Gallen

Samstag, 20. Oktober 10 Uhr
Herbstzusammenkunft im Rest. "Sedel", Herisau, Anmeldungen bitte an S. Breitler 071 351 29 81

Winterthur

Mittwoch, 3. Oktober
Freidenker-Stamm 19.30 Uhr im "HILFDIclub", Technikumstr. 90

Donnerstag, 25. Oktober 19.30 Uhr
Kegelabend mit Hansheiri Winkler Hotel "Zentrum Töss", Bus Nr. 1

Nietzsches Musik im Engadin



**Donnerstag, 4. Oktober 2001
20 Uhr
Kirche Sils-Baselgia**



**Piano: Patrizio Mazzola
Geige: Lorenz Indermühle**

Der Pianist Patrizio Mazzola (Mitglied der FVS-Sektion Bern) und der Geiger Lorenz Indermühle (Thun) geben im Engadin einen Sonatenabend. Aufgrund des Nietzsche-Bezugs zu dieser Ortschaft werden Kompositionen von Nietzsche aufgeführt neben Werken von Bach, Mozart und César Franck .

Möglicherweise wird das gleiche Konzert im Oktober auch noch in Thun gegeben, beachten Sie die Veranstaltungshinweise in den regionalen Medien.

Voranzeige

Mittwoch, 14. November
Diskussionsabend zum Thema Toleranz und Intoleranz
Referent: Bruno Stutz

Zürich

Samstag, 13. Oktober 14.30 Uhr
Freie Zusammenkunft
Thema: "Wann soll man etwas glauben und wann nicht? Worauf beruhen unsere Erkenntnisse?"
Referent: **Kenneth Mauerhofer**
Restaurant "Schweighof"
Schweighofstr. 232, 8045 Zürich

zum Nachdenken

" Der kirchliche Glaube besitzt auch heute noch die Naivität aller Totalitären, sich für den alleinigen, bevollmächtigten, unfehlbaren Träger der Wahrheit zu halten."

Karl Jaspers
(1883-1869)



TrauerRedner

Basel (Vereinigung)

061/421 67 87 oder 061/42112 80

Basel (Union)

061/321 39 30 oder 061/601 03 23

Bern

033/654 22 57 oder 031/951 01 29

Grenchen

076/53 99 301 oder 032/645 38 54

Luzern und Innerschweiz

041/420 45 60 oder 041/440 76 36

Schaffhausen

052/337 22 66

St. Gallen

052/337 22 66

Vaud Waadt

026/660 46 78 ou 022/361 37 12

Winterthur und Thurgau

052/337 22 66

Zürich

Natel 079/646 20 64

Zentralsekretariat FVS

032/ 641 26 24 oder 052/ 337 22 66
falls unter der regionalen Nummer
niemand zu erreichen ist.

Adressänderungen an: Büelrain 4 8545 Rickenbach

AZB
8545 Rickenbach

Regional- und Orts-Gruppen

Freidenker-Vereinigung

Sektion Basel und Umgebung

Postfach 302, 4012 Basel *auch Fax
Präsidentin: Y. Andrek 061/401 35 19*
Vizepräsidentin: B. Bisig 061/321 31 48*
Kassier: R. Wenger 061/692 86 27*
Mitgliederdienst: R. Frey 061/421 12 80
Bestattungen: L. Bloch 061/421 67 87*

Freidenker-Union

Region Basel USF

Postfach 4471, 4002 Basel
Präsident: 061/312 47 54
Auskünfte/Informationen:
061/321 39 30 oder 061/601 03 23
Mitgliederdienst/Krankenbesuche/
Bestattungen: 061/321 39 30
Postkonto: 40-4402-5
Bestattungsfonds: 40-4007-5

Ortsgruppe Bern

Postfach 10, 3704 Krattigen
Präsident/Auskünfte:
Daniel Aellig: 033/654 22 57
Mitgliederdienst:
N. Leuenberger 031/951 01 29

Libre Pensée de Genève

ASLP Genève, J.P. Bouquet
27 ch. des quattes, 1285 Avusy
022/756 40 49 (tél. et fax)

Sektion Grenchen und Umgebung

Postfach 451, 2540 Grenchen
Auskünfte: Peter Hess, Präsident:
032/645 38 48 oder 076/376 38 48
Mitgliederdienst/Krankenbesuche:
Lotti Höneisen: 076 53 99 301

Regionalgruppe

Luzern-Innerschweiz

Präsident: E. Ochsner 041/440 76 36
Postfach 2908, 6002 Luzern

Sektion Mittelland

Postfach 637, 4600 Olten
Präsident: Willi Zollinger 062/293 39 30

Freidenker Schaffhausen

Postfach 186, 8222 Beringen
052/685 13 62 (Marcel Bollinger)

Regionalgruppe St. Gallen

Postfach, 9004 St. Gallen
Tel.&Fax 071/223 69 93 (A. Lindner)

Association vaudoise de la Libre Pensée

Case postale 131, 1000 Lausanne 17
Secrétariat: 026/660 46 78
Président: J.P Ravay 022/361 94 00

Ortsgruppe Winterthur

Büelrain 4, 8545 Rickenbach ZH
052/337 22 66 (J.L. Caspar)

Ortsgruppe Zürich

Postfach 7210, 8023 Zürich
Präsident: W. Strebel 055/414 23 63
oder Natel 079/646 20 64
Familiendienst: M. Dobler 01/341 38 57

FREIDENKER - BIBLIOTHEK

Zürich, im Sozialarchiv

Stadelhoferstr. 12 (Nähe Bellevue)

Bücherausgabe:

Mo. - Fr. 10-20 Uhr
Sa. 10-13 und 14-16 Uhr
Auskunft: Tel. 01/251 80 66

FVS Zentralsekretariat Zentralkasse

Zuschriften an den Vorstand,
Auskünfte, **Adressänderungen**,
Materialbestellungen an:
Zentralsekretariat FVS

Postfach 217

CH-2545 Selzach

Tel. 032/641 26 24
Fax 032/641 26 25
Internet: www.freidenker.ch
Postkonto: 84-4452-6

Impressum

Redaktion

Reta Caspar Rainweg 9
Tel. 031/911 00 39 3052 Zollikofen
e-mail: reta.caspar@swissonline.ch

Redaktionsschluss 15. des Vormonats

Jahresabonnement

Schweiz: Fr. 25.- inkl. Porto
Ausland: Fr. 30.- inkl. Porto (B-Post)
Probeabonnement 3 Monate gratis

Bestellungen, Adressänderungen und Zahlungen bitte an das Zentral- sekretariat FVS.

Druck und Spedition

Volksdruckerei Basel
Postfach, 4004 Basel

ISSN 0256-8993, Ausgabe 10/2001

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
können, aber müssen nicht mit der An-
sicht der Redaktion übereinstimmen.